



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/76 - 1.4.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Bundestagsempfehlungen mißachtet	S. 1
Italien hat es mit der EWG nicht eilig	S. 3
CDU und Schulgeldfreiheit in NRW	S. 4

Warum so viel Rücksicht auf Seebohm ?

Von Helmut Schmidt, MdB

Eine Springflut pseudowissenschaftlicher Denkschriften hat monatelang eine sachliche Debatte über die Lösung der Verkehrskrise verhindert. Erst die befremdlichen Entwürfe des Verkehrsministers hatten schließlich durch die von ihnen ausgehende Drohung dazu geführt, daß die Partner in der Wirtschaft den Rat unparteiischer Sachverständiger beherzigten und gemeinsame Vorschläge erarbeiteten - obgleich der Verkehrsminister bemüht war, seine Partner gegeneinander auszuspielen.

So zeichnete sich in der vorigen Woche eine umfassende Zwischenlösung in Form eines Kranzes von Einzelmaßnahmen ab, die das Kabinett schleunigst in Gesetzesform hätten gießen sollen. Dazu gehörten neben der zweckgebundenen Erhöhung der Mineralölabgaben der Friedrich-Plan zugunsten eines neben dem Fiskus stehender Sondervermögens oder einer Gesellschaft zur Finanzierung von Eisenbahn- und Fernstraßen-Investitionen, die Senkung der Kraftfahrzeugsteuer für Personenkraftwagen und die Beseitigung der Begünstigung für Lastwagen, die Senkung der zulässigen Höchstgewichte für Lastwagenzüge auf 32 to und der zulässigen Gesamtlänge auf 20 m, die Erhöhung der Beförderungssteuer im Werkfernverkehr auf etwa 4 bis 5 Dpf/tkm und vor allem die Herstellung eines Gefälles zwischen den Massengütertarifen des Kraftwagens und der Eisenbahn um 20 Prozent; dazu gehörte insbesondere die Befreiung

der Bundesbahn von ihren betriebsfremden Lasten.

Der Bundesverkehrsminister, der sich in der ersten Legislaturperiode den Titel eines "LKW-Ministers" erworben und am Beginn der zweiten Legislaturperiode des Bundestages eine Schwenkung um 180 Grad vollzogen hatte, hat demgegenüber an seinem zwangswirtschaftlichen Gesetzesentwurf festgehalten. Er wollte sein Gesicht nicht verlieren und das Kabinett hat ihn durch seinen gestrigen Beschluß gestützt. Der Kabinettsbeschuß über die Verbotslisten im Fernverkehr stellt eine Briskierung des Bundestages dar - man darf gespannt sein, wie CDU und FDP auf diese Herausforderung antworten werden. Denn gemeinsam mit der Opposition hatten diese Fraktionen in der großen Verkehrsdebatte im Februar Seetohms Verbotsabsichten einhellig abgelehnt.

Bis auf eine einzige Ausnahme hat das Kabinett alle Vorschläge des Bundestages und der Wirtschaft in den Wind geschlagen. Die Frage der Befreiung der Bundesbahn von ihren politischen Lasten wurde abermals auf die lange Bank geschoben. Von der Herstellung eines Tarifgefälles zwischen Straße und Bahn war in der Proseckonferenz des Verkehrsministeriums keine Rede mehr. Den überaus begrüßenswerten Friedrich-Plan scheint das Kabinett überhaupt nicht erörtert zu haben.

Zwei weitere dringliche Probleme hat das Kabinett ebenfalls nicht gelöst: Die Regelung des Wettbewerbs zwischen Eisenbahn, Omnibus und Postomnibus und zum andern die Straffung der Kontrolle des gewerblichen und Werkfernverkehrs auf der Straße durch Übertragung der Ordnungsbefugnis von den Länderbehörden auf die Bundesanstalt für den Güterkraftverkehr. Der verschiedentlich vorgeschlagene Wegfall der Kraftfahrzeugsteuer für Personenwagen wird auf den hartnäckigen Widerstand der Länder stoßen. So wird man diese Postprobleme wahrscheinlich auf einen späteren Akt der Gesetzgebung verschieben.

Vordringlich bleibt, daß zunächst der erste Akt so schnell wie möglich über die parlamentarische Bühne geht. Wir erwarten von den Koalitionsfraktionen eine schnelle Entscheidung über die Gesetzesvorlagen und zwar - entsprechend ihren klaren Stellungnahmen vom Februar - unter weitgehender Abänderung der jetzigen Kabinettsvorläge. Es scheint fraglich, ob dabei immer noch Rücksichtnahmen auf den eigensinnig aufrechterhaltenen Standpunkt Dr. Seetohms erforderlich sind.

Daneben wird man in größerer Ruhe den zweiten Akt überlegen und durch sorgfältige Kostenuntersuchungen vorbereiten können. Das Ziel bleibt die Schaffung einer dauerhaften Ordnung im Verkehr, welche auf Schiene und Straße vom Grundsatz der gemeinwirtschaftlichen Verkehrsbedingungen ausgeht und gleichwohl die Dynamik des technischen Fortschrittes nicht beeinträchtigt.

+ + +

Was man dem Kanzler nicht sagte

J.K.-Rom

Während der vierundzwanzig Stunden, die Bundeskanzler Dr. Adenauer Ende März in Rom verbrachte, hat er zweifelsohn die Hindernisse erkannt, welchen die italienische Regierung bei der Ratifizierung des EVG-Vertrages gegenübersteht. Was Italiens regierungsfreundliche Presse während des Kanzlerbesuches ausdrückte, läßt sich in wonige Worte zusammenfassen: Wenn die Bundesrepublik uns hilft, in der Triester Frage eine unseren Wünschen entsprechende Lösung zu erreichen, so werden wir alles tun, um die EVG schnellstens zu ratifizieren. Nun ist es ganz selbstverständlich, daß weder Dr. Adenauer, noch irgendein anderer deutscher Politiker eine solche Zusage abgeben könnte, denn das Triester Problem hat nun einmal mit der Bundesrepublik direkt nichts zu tun, und die Beziehungen, die Bonn mit Belgrad unterhält, sind durchaus korrekt. Dr. Adenauer konnte demnach mit Hinsicht auf Triest keinerlei Zusagen machen.

Keinesfalls hat der Bundeskanzler in Rom den Eindruck gewinnen können, die italienische Regierung sei EVG-feindlich. Das ist sie gewiß nicht, trotz vieler Bedenken, die auch bei regierungsfreundlichen Politikern bestehen. Es funktionieren jedoch zwei Bremsen, die der Kanzler gewiß nicht übersehen hat; die eine heißt "Rücksicht auf Frankreich", und die andere heißt tatsächlich "Triest". Es kann nicht im Interesse der italienischen Regierung liegen, Frankreich politisch zu isolieren, und es fällt ihr wirklich schwer, die Wähler für die EVG zu begeistern, solange oben diese Wähler verschiedenster Parteien der Westmächten - gleichviel ob mit Recht oder Unrecht - vorwerfen, sie hätten ihre Zusagen hinsichtlich der Rückgabe Triests an Italien nicht gehalten.

Bereits vor dem Eintreffen Dr. Adenauers in Rom war in einigen Kommentaren der "Verdacht" ausgesprochen worden, die Bundesrepublik wolle mit Griechenland und der Türkei in Tuchfühlung stehen und auf diese Weise auch Jugoslawien in eine Art Verteidigungssystem einschalten. "Ist Italien", so schrieb ein großes konservatives Blatt, wieder einmal "nur ein geographischer Begriff?". Vielleicht haben solche gewis abwegigen Andeutungen den Kanzler veranlaßt, den Rückweg über Rom zu wählen, um hier etwaige Bedenken zu zerstreuen.

Was jedoch dem Kanzler in Rom kaum ausgedrückt wurde, sind die Ängste, die bei etlichen der Regierung verbundenen Politikern in Bezug auf die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik bestehen. Jedermann bewundert, was hier als "die deutsche Leistung" bezeichnet wird. Parallel jedoch zu solcher Bewunderung läuft die Scheu vor der immer stärker werdenden Einflußnahme, die in der Bundesrepublik Gestalten und Ideengängen aus dem "Dritten Reich" gestattet wird. Es bedarf keinesfalls der Lektüre pro-kommunistischer Blätter, um zu erkennen, wie kräftig diese Bedenken sich entwickeln konnten und auch sie stellen für jede noch so EVG-freudige italienische Regierung eine Hürde dar.

Wann aber die jetzige Regierung sich entschließen wird, den Versuch zu unternehmen, die zahlreichen Hürden zu nehmen, konnte der Kanzler in Rom nicht feststellen. Er konnte es nicht, weil auch die gewiegtesten römischen Politiker heute noch nicht voraussagen können, wann der geeignete Augenblick kommen mag. Keinesfalls vor der für Ende April erwarteten Genfer Ostasien-Konferenz; und wahrscheinlich nicht bevor Frankreich zu grundsätzlicher Entscheidung gelangt ist.

+ + +

Elternrecht und Kinderrecht in Nordrhein-Westfalen

RW - Düsseldorf

Ein sozialdemokratischer Antrag im nordrhein-westfälischen Landtag, die Verfassung des Landes endlich zu verwirklichen und die Schulgeldfreiheit, die dort verankert ist, einzuführen, hat bei den Regierungsparteien, vor allem aber bei der CDU, kein gutes Echo gefunden. Dabei handelt es sich um die gleiche Verfassung, die in einer Kampfabstimmung von CDU und Zentrum im vergangenen Landtag vor nunmehr vier Jahren in harten Kampfabstimmungen durchgebracht wurde. Es ging damals um das Elternrecht, das offenbar jetzt wieder ein Kernstück des kommenden Wahlkampfes sein wird.

Dabei sei noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die SPD in den Verhandlungen und Beratungen vor vier Jahren das Elternrecht grundsätzlich anerkannt hat und den konfessionellen Schulen neben den christlichen Gemeinschaftsschulen die gleichberechtigte Existenz zuerkannte. Die Auseinandersetzung in der Endphase ging um etwas ganz anderes, nämlich um die Frage, ob es gestattet sein sollte, auch bereits bei 25 Kindern eine eigene Schule - sei es Konfessionsschule oder Gemeinschaftsschule - bilden zu dürfen, wenn solche Zwergschul-

sys'eme nicht unbedingt nötig sind, wie auf dem flachen Lande in wenig bewohnten Gegenden. Die SPD wollte und konnte damals nicht einsehen, daß es mitten in einer Stadt gestattet sein sollte, daß Zwergschulen gebildet werden, auf denen Kinder in einer Klasse acht Jahre lang bleiben sollten, zum schweren Schaden ihrer Ausbildung. Weil CDU und Zentrum sich darauf versteiften, daß der "Elternwille" auf jeden Fall, auch gegen alle vernünftigen Überlegungen über Größe und Verantwortlichkeit der Schule, Vorrang besitzen soll - anders ausgedrückt, daß also das Recht des Kindes auf eine intensive, seine jeweilige Altersstufe genau berücksichtigende Ausbildung zurückzustehen habe, kam es vor vier Jahren zu keiner Einigung. Jetzt werden Elternrecht und Kindesrecht erneut gegeneinander abgewogen.

Dabei ist es trotz aller Bedenken, die die SPD nach wie vor gegen jede Schulzersplitterung hat, vollkommen klar, daß an den Artikeln über die Schule in der Landesverfassung und daß auch an dem Schulgesetz selbst nichts mehr geändert werden wird. Die SPD denkt in Nordrhein-Westfalen nicht daran, die Schulformen ständig wieder umzubauen, sie garantiert die Rechte, die im Gesetz verankert sind. Es ist daher sehr zu bedauern, wenn kürzlich Ministerpräsident Arnold in seiner Eigenschaft als führender Parteifunktionär plötzlich wieder Kulturkampf-Parolen ausgab.

Die SPD wird nicht daran denken, sich in eine falsche Diskussionsrichtung zwingen zu lassen. Sie wird vielmehr immer wieder und sehr eindringlich darauf hinweisen, daß das Elternrecht nicht in Frage gestellt wird, daß es aber jetzt um das Kindesrecht der gleichen Ausbildungschance geht. Das Schulgeld soll fallen, für alle Stufen der Ausbildung, es soll von Herbst dieses Jahres an nur noch die Hälfte betragen und ab Ostern des nächsten Jahres ganz verschwinden. Nicht mehr als 30-Millionen Mark pro Jahr sind notwendig, um diese Schulgeldbarriere, die für Arbeiter- und Angestelltenkinder so oft nicht zu nehmen ist, zu beseitigen. Unterstützungen und Ausbildungsbeihilfen sollen diese Freiheit ergänzen. Von dieser Forderung, die im Landtag von Nordrhein-Westfalen glatt unterging, obwohl es eine Forderung nach der Verwirklichung der Verfassung war, wird die SPD Nordrhein-Westfalen nicht abgehen. Sie wird damit dem Lärm um die angebliche Gefährdung des Elternrechts eine gute, berechnete Parole entgegensetzen haben, die ihre klärende Wirkung nicht verfehlen sollte.

Verantwortlich: Peter Raunau.